VISIONEN FÜR ÖSTERREICH:

Ökosoziale Marktwirtschaft

Diskussionsforum 11

Soziale Verantwortung - Wider die neue Armut

Neu denken.
Für Wirtschaft
und Umwelt.

ÖVP

Zukunftsparteitag, 24.-25. November 1989, Graz

Diskussionsforum 10
28. a.o. Bundesparteitag der ÖVP, 24. November 1989

Vorsitz: LHStv. Dr. Franz Sauerzopf
Berichterstatter: Abg.z.NR Dr. Gottfried Feurstein

SOZIALE VERANTWORTUNG - WIDER DIE NEUE ARMUT

Die traditionellen Schwerpunkte und Konzepte der Sozialpolitik allein werden den Aufgaben und Ansprüchen unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr gerecht. Veraltete Lösungsmuster und Organisationsstrukturen vermögen die neuen Probleme nicht zu erfassen.

Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts (wir haben dieses Jahr das hundertjährige Bestehen der Sozialversicherung gefeiert) wurde persönliche Verantwortung im Dienst am Nächsten ergänzt durch gesellschaftliche Solidarität. Dabei machte sich aber auch zunehmend der Irrglaube breit, daß der Wohlfahrtsstaat mit Geld und quantitativer Steigerung von Leistungen alle sozialen Probleme lösen kann.

Die Folge war: Zwei Formen von neuer Armut sind entstanden:

- Materielle Armut von Menschen, die zwar für die Gesellschaft unverzichtbare Leistungen erbringen, die jedoch nicht ausreichend anerkannt werden (Mehrkinderfamilien, Alleinerzieher), und von Gruppen, die diese Leistungen nicht erbringen können (Behinderte, Pflegebedürftige,).

- Seelische Armut und Einsamkeit von alten Menschen und Behinderten durch Abschieben in eigens für sie errichtete Einrichtungen. Damit erfolgt ihre Ausgrenzung von der Gesellschaft, anstatt ihre Integration in die Gesellschaft.

Davon abgesehen müssen wir uns die Frage nach der Finanzierung des zukünftigen Sozialsystems stellen (Explosion der Ausgaben, besonders im Spitalswesen und in der Altersvorsorge).

Aus den Phänomenen der neuen Armut und der Finanzierungsproblematik folgt, daß wir beim einzelnen wieder jene soziale Verantwortung wecken und jene menschliche Qualität der Gesellschaft herstellen müssen, die in einem sozialbürokratischen Versorgungsstaat leicht abhanden kommen kann. Dazu ist eine Sozialpolitik erforderlich, die sich an Prinzipien orientiert:

- **Subsidiaritätsprinzip**
  Das heißt, wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit möglichst viele Aufgaben tatsächlich im Bereich der Familie, der Nachbarschaft und im privaten Bereich wahrgenommen werden können. In Wien etwa beschließen 90% der alten Menschen ihr Leben in öffentlichen Heimen, laut Umfragen wollen jedoch 90% in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Dies zeigt deutlich, wie bedarfsunorientiert unser Sozialsystem teilweise geworden ist.

- **Vorsorgeprinzip**
  Besonders im Gesundheitswesen und in der Altersversorgung kann durch Beachtung dieses Prinzips individuelles Wohlbefinden gesteigert, sowie die öffentliche Hand von beträchtlichen Kosten entlastet werden.

- **Wirtschaftlichkeitsprinzip**
  Gleicher Nutzen muß mit dem geringst möglichen Aufwand erzielt werden.

- **Bedürftigkeitsprinzip**
  Eine Abkehr vom Gießkannenprinzip hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist erforderlich, die tatsächliche soziale Bedürftigkeit muß das entscheidende Kriterium sein.

- **Sicherung der Pension auf Dauer**
  Die Pensionsreform zählt zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Legislaturperiode. Ihre Aufgabe ist es, einerseits erworbene Pensionsansprüche zu sichern, andererseits die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Pensionen auf Dauer gesichert werden. Die Leistungen, die insbesondere von Frauen für die Familie erbracht werden, müssen bei der Pensionsbemessung voll berücksichtigt werden. Ungerechtigkeiten im derzeitigen Pensionssystem, insbesondere bei den Ruhensbestimmungen, sind langfristig abzubauen.

- **Hilfe für ältere und behinderte Menschen**
  Die Versorgung von Personen, die einer ständigen Pflege und Hilfe bedürfen, ist außerhalb von Heimen unzureichend geregelt. Der Bund soll ein einheitliches Pflegegeld einführen, die Länder und Gemeinden sollen die notwendigen Voraussetzungen fördern, damit eine häusliche Pflege auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Entscheidend ist aber, daß diese Menschen nicht allein gelassen werden, keine Geldleistung kann menschliche Wärme ersetzen.

- **Neue Akzente auf dem Arbeitsmarkt zur Erleichterung des Wiedereintritts ins Berufsleben**
  Personen, die längere Zeit aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, haben heute die größten Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Mit diesem Problem sind insbesondere Frauen konfrontiert, die aus familiären Gründen ihren Beruf aufgegeben haben, aber auch ältere Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, welche Gründe auch immer hiefür entscheidend waren. Von der Arbeitsmarktverwaltung sind für diese Personen spezielle Programme zu entwickeln, die einerseits entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten beinhalten, andererseits auch den Unternehmen finanzielle Anreize bieten, solchen Personen einen Arbeitsplatz anzubieten. In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung von Lohnzuschüssen zu überlegen, ähnlich den Aktionen, die zur Arbeitsplatzbeschaffung für Jugendliche eingeführt wurden.

o **Hilfen für Flüchtlinge und in Not geratene Menschen**
Trotz des Wohlstandes wird die Zahl der Menschen, die materiell arm sind, größer. Dazu zählen Flüchtlinge und andere Ausländer, die nach Österreich oft ohne Beschäftigungsgenehmigung zugezogen sind, Obdachlose, Drogenabhängige, Langzeitarbeitslose und andere Personen, die verschuldet oder unverschuldet in Not geraten sind. Diese Menschen brauchen unbürokratische Hilfen. Für sie sind entsprechende Fonds einzurichten, um möglichst rasch und wirkungsvoll helfen zu können. Genauso wichtig sind für diese Menschen ideelle Hilfen, Beratungen und persönliche Gespräche.